ein dossier des apabiz e.v. | lausitzerstr. 10, 10999 berlin | 030 . 611 62 49 | www.apabiz.de

Erneut verheimlicht

NPD-Wahlkampfkundgebung auf dem Berliner Alexanderplatz unter dem Motto »Sicherheit durch Recht und Ordnung«

➲ Ein Dossier über die NPD-Kundgebung am 11. September 2011

Am 11. September 2011 hielt die Berliner NPD ihre Wahlkampfabschlussveranstaltung auf dem Alexanderplatz ab. Rund 150 Neonazis lauschten Reden von Udo Voigt, Udo Pastörs, Uwe Meenen, Matthias Faust und Sebastian Schmidtke sowie einem Soloauftritt des Rechtsrocksängers Sleipnir. Um Proteste zu verhindern hatte die Polizei den Veranstaltungsort bis zuletzt geheim gehalten. Schon bei einem von rechten Gewalttaten begleiteten Aufmarschversuch im Mai in Kreuzberg hatte die Polizei im Interesse der Neonazis im Vorfeld alle Auskünfte verweigert – und im Nachgang heftige Kritik eingesteckt. Wie schon im Mai gelang es Antifaschist_innen auch dieses Mal, bereits am Vortag den Veranstaltungsort bekannt zu machen. Um den weiträumig für die Neonazis abgesperrten Alexanderplatz protestierten rund 500 Nazigegner_innen.

1. Zusammenfassung

Geheimhaltungstaktik der Berliner Polizei

Erneut hat die Polizei einen Neonaziaufmarsch in Berlin durch ihre Geheimhaltungstaktik begünstigt. Unter dem Motto »Sicherheit durch Recht und Ordnung« hielt die NPD ihre Wahlkampfabschlussveranstaltung zu den Abgeordnetenhauswahlen direkt auf dem zentralen Alexanderplatz im Stadtteil Mitte ab. Auf ihrer Homepage hatte die Neonazipartei eine Kundgebung in Schöneweide angekündigt – der S-Bahnhof dort entpuppte sich jedoch als bloßer Vorabtreffpunkt für Neonazis zur Anreise zum Alexanderplatz. Die Polizei hatte diese ihnen bekannte Information der Öffentlichkeit auch auf konkrete journalistische Nachfrage vorenthalten. Erklärtes Ziel der Polizei war eine problemlose Durchführung der rechten Veranstaltung und Gegenproteste nach Möglichkeit zu verhindern. Rund 1500 Beamt_innen waren im Einsatz. Über Stunden wurde der Alexanderplatz weiträumig mit Gittern abgesperrt, sämtliche U-Bahneingänge auf dem Alexanderplatz und teilweise auch das Bahnhofsgebäude waren verschlossen.

Das Vorgehen der Berliner Polizei und Versammlungsbehörde steht im eklatanten Widerspruch zu einer Ankündigung von Innensenator Ehrhart Körting. Der hatte nach den gewalttägigen Übergriffen auf Gegendemonstrant_innen und Passant_innen beim neonazistischen Demonstrationsversuch in Berlin-Kreuzberg am 14. Mai 2011 angekündigt, dass Ort und Zeit von Neonazi-Veranstaltungen künftig mindestens 24 Stunden im Vorfeld bekanntgegeben würden. Laut Körting könne nur so die Sicherheit der Anwohnenden gewährleistet und dem Recht auf Gegenproteste Rechnung getragen werden.

Eckdaten

Datum:	**Sonntag, 11. September 2011**
Motto:	**»Sicherheit durch Recht und Ordnung«**
Ort:	**Alexanderplatz (Berlin-Mitte)**
Veranstalter:	**NPD Berlin**
Anlass:	**Wahlkampfabschluss-Kundgebung der NPD zu den Abgeordnetenhaus-Wahlen am 18. September**
TeilnehmerInnen:	**Etwa 150 Neonazis aus Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen**
Dauer	**12 bis 16 Uhr**

Inhalt: 1. Zusammenfassung | 2. Dokumentation | 3. Pressespiegel

v.i.s.d.p.: apabiz e.v., lausitzerstr. 10, 10999 Berlin | dank an unsere fördermitglieder, die mit ihrem beitrag die finanzierung unterstützen | fotos: alle rechte liegen bei den fotografen

Abermals nur durch einen Zufall war die NPD-Wahlkampfveranstaltung am 11. September 2011 im Vorfeld bekannt geworden. AntifaschistInnen war aufgefallen, dass bereits am Tag zuvor eine große Menge Absperrgitter am Alexanderplatz gelagert wurde. Und so wurde trotz der polizeilichen Geheimhaltung in der Nacht von Samstag zu Sonntag von linken und antifaschistischen Gruppen zum Alexanderplatz mobilisiert. Etwa 500 Menschen protestierten gegen die Neonazis. Wegen der weiträumigen Absperrungen war dies jedoch nur von größerer Entfernung aus möglich.

Die Geheimhaltungstaktik der Berliner Polizei rief nicht nur Empörung bei Gegendemonstrant_innen und zivilgesellschaftlichen Akteur_innen wie der *Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (mbr)* hervor. Auch von politischer Seite gab es teilweise scharfe Kritik. Politiker_innen aller im Berliner Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien äußerten ihren Unmut über das polizeiliche Vorgehen im Vorfeld der NPD-Kundgebung. Innensenator Körting zitierte die amtierende Polizeipräsidentin, Margarete Koppers, zu einem persönlichen Gespräch.

NPD-Prominenz und gewaltbereite Neonazis vereint

Die Neonazis versammelten sich am Sonntag ab mittags in einer Ecke des Alexanderplatzes nahe der Weltzeituhr. Es kamen rund 150 Rechte zusammen. (In unterschiedlichen Berichten rangiert die Zahl zwischen 100 und 170. Unter ihnen befanden sich Udo Voigt (Bundesvorsitzender), Uwe Meenen (Landeschef Berlin), Udo Pastörs (Fraktionsvorsitzender im Landtag Mecklenburg-Vorpommerns), Sebastian Schmidtke (NPD-Vizelandeschef und Chef der Landes-JN) sowie Berliner Wahlkandidat_innen wie Matthias Faust, Sebastian Thom, Jan Sturm und Manuela Thönhardt. Zu nennen ist auch die Anwesenheit weiterer Szeneexponenten wie Frank Rohleder (NPD-Wahlkampfleiter), Uwe Dreisch (ex-Frontbann 24), Kathrin Köhler (sächsische Aktivistin des Ring Nationaler Frauen), Andy Knape (stellvertrender Bundesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten, JN).

Dass sich die Berliner NPD gerade den Slogan »Sicherheit durch Recht und Ordnung« zu einem zentralen Wahlkampfthema auserkoren hat und beharrlich daran festhält, ist bemerkenswert. Denn nicht nur unter den regelmäßig an ihren Veranstaltungen Teilnehmenden sondern auch unter den Kandidat_innen für die anstehenden Wahlen finden sich zahlreiche Gewalttäter_innen, die teilweise für ihre Taten Haftstrafen verbüßt haben. So nahmen an der Veranstaltung am Alexanderplatz unter anderem Robert H., Sebastian D. Julian Beyer und Sebastian Thom teil. Laut des *Störungsmelder*-Blogs von Zeit-Online wird gegen Beyer und Thom polizeilich ermittelt. Sie sollen im Wahlkampf politische Gegner_innen, nachdem sie diese beim Abreißen von NPD-Plakaten beobachtet hatten, mit Pfefferspray angegriffen und mit einem Messer gedroht haben. Beyer und Thom kandidieren für die NPD in Neukölln. Thom war bereits wegen eines Übergriffs auf einen PDS-Stand im Wahlkampf 2006 zu einer Bewährungsstrafe verurteilt worden.

Rassistische Redebeiträge

Sebastian Schmidtke führte als Moderator durch die Veranstaltung. Er verlas zu Beginn noch einmal den Aufruf, wobei er dabei an einigen Stellen deutlich schärfere, rassistische Formulierungen wählte als in der vorab im Internet veröffentlichten Version. Neben Schmidtke traten als weitere Redner Udo Voigt, Udo Pastörs, Uwe Meenen und Matthias Faust auf. Als thematischer Faden zog sich durch alle Redebeiträge die vermeintlich allgegenwärtige Gewalt durch »Ausländer« und »Linke« kombiniert mit gewohnter neonazistischer Hetze.

Uwe Meenen berichtete von einem angeblichen »Feindkontakt« in der vorangegangenen Nacht. »[A]ufgehetzte Personen« gingen demnach »jetzt auch zum offenen Angriff über. Da wird nicht nur mit Gas gesprüht, da werden auch Messer gezogen«. In Bezug auf den zehnjährigen Jahrestag der Terroranschläge von New York am 11. September 2001 verhöhnte Meenen nicht nur die etwa 3000 Opfer, sondern fabulierte zudem von einer »tätige[n] Mithilfe aus dem Führungskreis der Plutokraten in den USA«.

Der NPD-Kandidat für Friedrichshain-Kreuzberg, Matthias Faust, drohte anschließend, nach einem dortigen BVV-Einzug die Verhältnisse grundlegend ändern zu wollen. Dann sei »Schluss mit Verlotterung, Verpennerung[...], mit einem Viertel wie dem Kottbusser Tor, wo es grade nochmal fünf oder sechs Prozent Deutsche« gäbe.

Udo Pastörs hetzte in gewohnter Art und Weise gegen die »Multi-Kulti-Wahnsinnigen in dieser Stadt«. Denn es sei in der »Multi-

Drohgebärden: Etliche Kundgebungsteilnehmer_innen trugen T-Shirts mit »Schöneweide bleibt national« und einem Schlagring bedruckt.

Liedermacher Sleipnir spielte gegen Ende der Kundgebung eine knappe Stunde lang Rechtsrock-Balladen.

Kulti-(Jauche?) Berlin[...] schon seit Jahren nicht mehr möglich«, dass sich »eine deutsche Frau auch nach Eintritt der Dunkelheit[...] ohne Angst überfallen, vergewaltigt, genötigt, ausgeraubt zu werden, frei bewegen kann«. Sein Beitrag gipfelte in der biologistisch rassistischen These: »Wer Sicherheit verlangt, der muss sich auch mit der Biologie von Völkern beschäftigen. Denn da, wo Grenzen nicht nach ethnographischen Gesichtspunkten gezogen sind, ist die Unsicherheit, die Kriminalität, das Chaotentum, ja das nackte Chaos ständig präsent.«

Als letzter Redner provozierte Udo Voigt durch die an die Wähler_innen gerichteten rassistischen Forderungen: »Und jeder, der hier zuhört, jeder der am 18. September wählt, muss sich die Frage stellen: Will ich, dass die Schulklassen noch mehr mit Ausländern überschwemmt werden? Will ich, dass noch mehr Fremde in diese Stadt kommen, die noch nie etwas für dieses Land getan haben, aber die Hände offenhalten[...].«

Außerdem gab es ein etwa 50-minütiges Konzert von Sleipnir aus Nordrhein-Westfalen. Sleipnir ist vor allem in voller Besetzung seit Jahren eine der bedeutendsten Rechtsrockbands im bundesdeutschen Neonazi-Musikgeschäft. Das Konzert auf dem Alexanderplatz war ein akustischer Soloauftritt des Sängers Marco Laszcz. Der angekündigte Auftritt eines weiteren Liedermachers namens Toralf fiel aus.

Drohgebärden gegen Antifaschist_innen

Nach Ende der Kundgebung wurden die Neonazis von der Polizei zur S-Bahn geleitet. Im Bahnhof kam es zur direkten Konfrontation mit einigen Antifaschist_innen. Einige Neonazis sahen sich dadurch provoziert und reagierten mit Drohgebärden. Manuela Tönhardt, die in dieser Situation anwesend war, kommentierte in einem Bericht für die NPD-Website: »Eigentlich wollte das traurige Häuflein Linker verhindern, daß wir unsere Kundgebung abhalten konnten. Wie wollten sie das? Sollten sie doch lieber in Zukunft den Mund nicht so voll nehmen und ihre Mischung aus VdN-Tattergreisen [sic!] und Kinder-Antifa lieber zu Hause lassen, denn wehe Euch, wenn mal nicht mehr der Polizeiriegel zwischen Euch und uns wäre.«

Zwei Stunden nach Ende der Kundgebung auf dem Alexanderplatz demonstrierten rund 300 Menschen in Lichtenberg gegen ein kürzlich von Neonazis angemietetes Ladengeschäft in der Lückstraße.

NPD-Kundgebungsteilnehmer am 11. September 2011

Sebastian Schmidtke

2. Dokumentation

a. Aufruf der NPD

Kundgebung Sicherheit durch Recht und Ordnung

8. September 2011

Täglich brennen Autos in Berlin, deutsche Mitbürger werden bestohlen, überfallen und verprügelt, die organisierte Kriminalität macht sich breit. Linkskriminelle Brandstifter machen einen Wettbewerb daraus sogenannte »Bonzenkarren« anzuzünden. Meist trifft es jedoch hart arbeitende deutsche Mitbürger die Jahre auf solch ein Auto gespart haben oder einen Kredit aufnehmen mussten. Linkskriminelle führen immer wieder Demonstrationen durch zu denen es fast immer zu Angriffen auf Polizeibeamte kommt, wie zum zB zum jährlichen 1. Mai. Anmelder sind oft Personen die aus den Reihen der Partei »Die Linke« kommen. Linkskriminelle zündeten im Mai Kabelschächte der S-Bahn an und legten einen Großteil des Nahverkehrs und Mobiltelefonleitungen lahm.

Ausländer überfallen Tag für Tag jegliche Altersgruppe an deutschen Bürgern, berauben sie oder machen sich einfach nur einen Spaß daraus sie zu erniedrigen und ihnen Gewalt anzutun. Drogenumschlagplätze, wie die Hasenheide, sind fast überall zu finden.

Zur Durchsetzung des Überwachungsstaates bemühen etablierte Politiker gern Gefahren des internationalen Terrorismus. Das klingt kaum glaubhaft, denn mit dem Abbau tausender Polizeistellen werden die öffentliche Ordnung und Sicherheit dem Zufallsprinzip überlassen. Nicht gespart wird aber, wenn es um die Bekämpfung der Opposition geht. Behörden wie der sogenannte »Verfassungsschutz« oder die Sicherungskräfte für kleine ethnische Minderheiten wurden in den letzten Jahren permanent aufgebläht.

Dieser Umstand in Berlin ist für uns, als NPD, nicht hinnehmbar. Deshalb gehen wir am 11.09.2011, eine Woche vor der Wahl zu den BVV und Abgeordnetenhauswahlen, auf die Straße.

http://www.nw-berlin.net/2011/09/08/kundgebung-%E2%80%9Csicherheit-durch-recht-und-ordnung%E2%80%9D/

b. O-Töne aus den Redebeiträgen

Sebastian Schmidtke

Ausländerbanden überfallen Tag für Tag jegliche Altersgruppe an deutschen Bürgern, berauben sie oder machen sich einfach einen Spaß daraus, einen Deutschen zu erniedrigen, zu verprügeln oder gar zu töten. [...] Diese Umstände haben uns in Berlin heute dazu veranlasst, diese Kundgebung am Alexanderplatz, einem der größten öffentlichen Plätze, zu wählen. Das Motto »Sicherheit durch Recht und Ordnung« kann da nur treffend sein. Denn wenn ein Volk sich nicht sicher fühlt in seiner eigenen Stadt, dann ist was verkehrt. Und so kann eine Volksgemeinschaft mit keiner Sicherheit erwachsen.

Uwe Meenen

»Sicherheit durch Recht und Ordnung«, diese Forderung, ihre Notwendigkeit, die ist uns Wahlkämpfern in Fleisch und Blut übergegangen. Ich stand heute Nacht selbst mit den Kameraden bis um drei Uhr in der Nacht im Einsatz. Wir hatten Feindkontakt. Das heißt, aufgehetzte Personen, die unsere Wahlplakate zerstören und stehlen, die gehen jetzt auch zum offenen Angriff über. Da wird nicht nur mit Gas gesprüht, da werden auch Messer gezogen. Und ich muss sagen, das ist hier eine sehr heiße Kiste in Berlin. Man kennt ja die multikriminellen Brennpunkte. Aber inzwischen, bis auf wenige Punkte, kann man fast nirgendwo in Berlin mehr sicher sein, gerade als nationaler Deutscher. Und deshalb ist es eben wichtig, dass wir dieses Thema in die Öffentlichkeit bringen.

Das Ganze hat ja auch einen außenpolitischen Aspekt. Wir alle wissen, dass wir nicht umsonst heute hier an diesem Tag sind. Denn heute vergießen ja die Medien weltweit ihre Krokodilstränen über die 3000 schrecklichen, unschuldigen Opfer von New York. Obwohl wir alle wissen, dass die Geschichte wesentlich anders abgelaufen sein muss als uns das da erzählt wird. Nämlich da gab es tätige Mithilfe aus dem Führungskreis der Plutokraten in den USA. Deswegen muss man auch immer sehr vorsichtig sein, wenn diese Karte gezogen wird. Wie ja auch vor wenigen Tagen in Berlin als zwei terrorverdächtige, ähm, Migranten festgenommen wurden, zwei Ausländer. Es ist wohl kein Zufall, dass man jetzt hier zehn Tage vor der Wahl so tun will, als ob man sehr wachsam wäre und was tut. Was dann wirklich dahinter ist, das wird man wieder zwischen den Zeilen lesen und irgendwann spät nach den Wahlen dann erfahren. Fest steht jedenfalls, dass diese Araber unter einer NPD-Herrschaft keine Möglichkeit hätten hier irgendwelche Sprengstoffattentate auszuhecken. Denn die Sicherheitslage wäre wesentlich besser, weil sie gar nicht dauerhaft hier wären.

Matthias Faust

Ich denke, wir haben beste Chancen auch [in Friedrichshain-Kreuzberg] Akzente zu setzen. Wir haben beste Chancen auch in Friedrichshain-Kreuzberg in eine weitere BVV einzuziehen. Und dann sag ich mal ganz ehrlich, dann werden wir uns da bemühen, dass Schluss ist mit einem Kiez, wo ich ohne Probleme alle Drogen dieser Welt kaufen kann. Dann ist Schluss mit Verlotterung, Verpennerung. Dann ist Schluss mit einem Stadtteil, mit einem Viertel wie dem Kottbusser Tor, wo es grade nochmal fünf oder sechs Prozent Deutsche gibt und ich ansonsten alle möglichen Nationen dieser Welt versammelt finde, mich ständig irgendwelchen Straßenkämpfen ausgeliefert sehe. Damit wird Schluss sein. Wir werden dafür sorgen, dass auch dort endlich nationale, deutsche und vernünftige Politik umgesetzt wird.

Udo Pastörs

Liebe Freunde, das Motto eurer Wahl hier in Berlin lautet »Sicherheit durch Recht und Ordnung«. Wir sollten das Ganze, was die Sinnhaftigkeit dieser Forderung angeht, einmal etwas genauer anschauen. Sicherheit: Ein Begriff, der normalerweise beinhaltet, dass sich eine deutsche Frau auch nach Eintritt der Dunkelheit in einer deutschen Großstadt ohne Angst überfallen, vergewaltigt genötigt, ausgeraubt zu werden, frei bewegen kann. Ich stelle fest: Das ist hier in dieser Multi-Kulti-(Jauche?) Berlin schon seit Jahren nicht mehr möglich. Und darum die klare Forderung der Nationalisten hier in Berlin und in Unterstützung aller nationalen Kräfte in Deutschland: Sicherheit wieder herstellen! Denn das, was diese Stadt zu ertragen hat, ist ein Gangstertum, geduldet von einer Politmafia, die auch jetzt wieder sich anschickt, weiterregieren zu wollen. [...]

Was wir in Mecklenburg getan haben in der letzten Woche, um auch euch hier den Rückenwind zu geben, den diese Stadt so nötig hat, um auch eine vernünftige radikale, nationale Opposition hier im Abgeordnetenhaus zu haben. Und dafür kämpft ihr, dafür kämpfen wir gemeinsam. Und ich bin sicher, dass ihr ein grandioses

Momentaufnahme von den Protesten am Rande des Alexanderplatzes: Rund 500 Menschen konnten kurzfristig mobilisiert werden.

Wahlergebnis diesen Multi-Kulti-Wahnsinnigen in dieser Stadt bescheren werdet. Wer Sicherheit verlangt, der muss sich auch mit der Biologie von Völkern beschäftigen. Denn da, wo Grenzen nicht nach ethnographischen Gesichtspunkten gezogen sind, ist die Unsicherheit, die Kriminalität, das Chaotentum, ja das nackte Chaos ständig präsent. Man kann nach Afrika schauen, wo die feinen Herren mit dem Lineal die Grenzen zwischen Völker zogen. Und bis heute ist dort die Unfreiheit, weil ganz einfach Konflikte durch diese falsche Politik bis heute nachwirken, festzustellen. Und auch hier in Berlin haben wir ganze Stadtviertel, in denen wir nicht mehr von einer deutschen Stadt in Deutschland reden können. Wir haben hier die ganze Verirrung, die ganze intellektuelle Vergangenheit der letzten zwanzig Jahre in Bezug auf Zuwanderung praktisch vor Augen.

Udo Voigt

Und liebe Berlinerinnen und Berliner, unter dieser Regierung, unter den Etablierten, haben wir allenfalls noch den Status demnächst von Einwohnern in einer multikulturellen Stadt. Und jeder, der hier zuhört, jeder der am 18. September wählt, muss sich die Frage stellen: Will ich, dass die Schulklassen noch mehr mit Ausländern überschwemmt werden? Will ich, dass noch mehr Fremde in diese Stadt kommen, die noch nie etwas für dieses Land getan haben, aber die Hände offenhalten und vom ersten Tag an genauso viel bekommen wie ein Deutscher Langzeitarbeitsloser, der vierzig Jahre in die deutsche Sozialkasse eingezahlt hat? Diese Frage muss sich jeder stellen. [...] Wir fordern für [Autobrandstifter] Straflager, wo sie den Schaden abarbeiten müssen, den sie am Eigentum von anderen angerichtet haben. Und die Haftzeit sollte so lange bemessen sein, bis sie auf Heller und Pfennig den Schaden dem Bürger ersetzt haben, wo sie den Schaden angerichtet haben.

Symbolische Eintracht am Ende der Kundgebung: Schmidtke, Voigt, Meenen, Faust und Pastörs.

Udo Voigt trug trotz sommerlicher Temperaturen während seiner Rede eine Lederjacke - in Anspielung auf das »Gas geben«-Plakat aus dem aktuellen Wahlkampf.

3. Neonazi-Berichte

Wahlkampfkundgebung auf dem Alexanderplatz

NPD-Website, 12.09.2011

Unter diesem Motto fand am 11. September 2011 unsere Wahlkampf-Initialzündung statt. Wir fuhren mit cirka 250 Kameraden zum Alexanderplatz. Auf dem Bahnhof angekommen, empfing uns (Originalton eines Teilnehmers: »Mir hätte was gefehlt, wenn diese Spinner nicht dagewesen wären.«) eine Urwaldkulisse aus kreischenden, gröhlenden und keifenden Geräuschen.

Eigentlich wollte das traurige Häuflein Linker verhindern, daß wir unsere Kundgebung abhalten konnten. Wie wollten sie das? Sollten sie doch lieber in Zukunft den Mund nicht so voll nehmen und ihre Mischung aus VdN-Tattergreisen [sic!] und Kinder-Antifa lieber zu Hause lassen, denn wehe Euch, wenn mal nicht mehr der Polizeiriegel zwischen Euch und uns wäre. Emil Zatopek wäre sicherlich eine Schnecke im Vergleich zwischen seinem und Eurem Tempo.

Aber zurück zur Kundgebung. Umrahmt von Musik traten unsere Vertreter aus Partei- und Landesvorstand ans Pult: Sie alle wiesen in fesselnden Beiträgen auf die Not unseres deutschen Vaterlandes hin und zeigten den einzigen Ausweg, die Wahl einer starken nationalen Kraft, der NPD.

Unsere Veranstaltung hätte noch viel wirkungsvoller sein können, wenn nicht auf Weisung der Büttel der Systemparteien der gesamte Alexanderplatz abgesperrt worden wäre und somit keinem Bürger zugänglich war. Sei, wie es sei, das Weltnetz gibt uns die Möglichkeit, diesen Boykott zu umgehen. Schauen Sie auf facebook.

Noch einmal »GAS GEBEN«! Der Sieg wird mit uns sein.

Manuela Tönhardt

Bezirksverordnete und Kreisvorsitzende Lichtenberg

http://npd-berlin.de/?p=1410

Unmut über friedliche NPD-Wahlkundgebung auf Berliner Alex

Altermedia-Info, 13.09.2011

Weil eine NPD-Wahlkundgebung am 11. September weitestgehend friedlich und ohne Ausschreitungen ablief, herrscht jetzt Empörung in Kreisen der veröffentlichten Meinung. So empörte sich die stellvertretende Landesvorsitzende der Gewerkschaft Deutsche Journalistenunion, Silke Leuckfeld, daß die Polizei sie und ihresgleichen nicht darüber informiert hatte, daß Demo-Mobilsierungsinformationen der NPD im Internet in eine ganz falsche Richtung liefen, während die tatsächliche Mobilisierung in Richung Alexanderplatz stattfand.

Fast menschenleerer Alexanderplatz

Auf diese Weise war es der Journaille unmöglich gemacht worden, linke Hetz- und Stänkerkolonnen in Richtung Alex zu dirigieren, um dort die Wahlkampfkundgebung der NPD, wenn schon nicht zu verhindern, so doch wenigstens zu behindern. Der Auftritt auf dem Berliner Alex zeigte dann auch ganz deutlich, daß von NPD-Veranstaltungen dieser Art keineswegs eine Bedrohung oder sonstige Gefahren für die Öffentlichkeit ausgehen, sofern diese nicht von interessierter Seite künstlich organisiert werden. Kein Wunder also wenn Qualitätsjournaille und politsches Establishment ob dieser unfreiwilligen Demaskierung durch die Polizei emört sind.[...]

Die Gewerkschaft der Deutsche Journalistenunion will nunmehr rechtliche Schritte gegen die Polizeipräsidentin Margarete Koppers überprüfen, weil diese sich nicht an die Weisung ihres Innensenators Körting (SPD) gehalten hat, alle rechtsextremen Aufmärsche mindestens einen Tag vorher zu veröffentlichen, um auf diese Weise antifaschistischem Mob Gelegenheit zu geben, unter dem Vorwand zivilgesellschaftlichen Protestes mehr oder minder gewalttätig und behindernd dagegen vorzugehen.

http://altermedia-deutschland.info/2011/09/13/allgemein/unmut-uber-friedliche-npd-wahlkundgebung-auf-berliner-alex-13-09-11/

4. Pressespiegel

Polizei verschwieg NPD-Demo am Alexanderplatz

Tagesspiegel, 12.09.2011, Jörn Hasselmann

Durch die Geheimhaltung einer NPD-Demonstration am Alexanderplatz fanden nur 500 Gegendemonstranten den Weg nach Mitte. Die Rechtsextremen hatten die Veranstaltung bereits vor Wochen angemeldet.

Die amtierende Polizeipräsidentin Margarete Koppers geht auf Konfrontationskurs zum Innensenator: Anlässlich einer NPD-Demonstration am Sonntag ist zwischen Polizeiführung und Innenverwaltung erneut Streit über die Informationspolitik bei extremistischen Demonstrationen ausgebrochen. Entgegen der Forderung von Innensenator Ehrhart Körting (SPD), dass die Kundgebungsorte oder Routen einen Tag vorher von der Polizei bekannt gegeben werden sollen, hat das Präsidium auch dieses Mal den Ort der von der Berliner NPD bereits vor Wochen angemeldeten Kundgebung verschwiegen.[...] Auch auf Nachfrage hatten Pressestelle und Versammlungsbehörde gegenüber dem Tagesspiegel noch am Samstagnachmittag jede Auskunft abgelehnt. »Wenn wir den Ort bekannt geben, erschwert das unsere Arbeit«, begründete ein leitender Beamter die Taktik.[...]

Koppers hat die Geheimhaltungslinie des im Mai ausgeschiedenen Dieter Glietsch damit noch verschärft. Dem Vernehmen nach hat sie ihre Behörde angewiesen, generell über Demonstrationen keine Auskünfte mehr zu geben. Am Freitag verweigerte die Pressestelle sogar Auskunft über die Route der Schülerdemo von Sonnabend.[...] [Ex Polizeipräsident Glietsch] habe verfügt, dass nur mit seiner ausdrücklichen Zustimmung die Route und der Startort rechtsextremer Aufzüge von der Pressestelle bekannt gegeben werden dürften. Damit solle es Gegendemonstranten erschwert werden, »rechtswidrige Verhinderungsaktionen« – zum Beispiel Sitzblockaden – zu organisieren.[...]

Erst am Samstagabend war durch Veröffentlichungen auf linken Internetseiten der tatsächliche Ort des rechten Spektakels bekannt geworden: der Alexanderplatz. Linken Aktivisten war die große Zahl von Sperrgittern aufgefallen, die die Polizei dort bereitgestellt hatte. Ab 18.30 Uhr wurde auf linken Seiten dann zum Alex mobilisiert, die in Schöneweide angemeldete Gegendemo wurde abgesagt. Durch diese neuerliche Geheimhaltung fanden sich am Sonntag lediglich 500 linke Aktivisten am Alex ein, der von weit über 1000 Polizisten hermetisch abgeriegelt worden war.

http://www.tagesspiegel.de/berlin/polizei-verschwieg-npd-demo-am-alexanderplatz/4598980.html

500 Menschen demonstrieren gegen NPD-Kundgebung am Alex

Tagesspiegel, 12.09.2011, Jörn Hasselmann, Johannes Radke

[..] Rund 40 Polizeibusse sind rund um den Platz aufgestellt, mehrere hundert Einsatzkräfte in Kampfmontur sind vor Ort, auch zahlreiche Polizeihunde sind im Einsatz. Die Straßenbahn fährt nicht. Die U-Bahn-Ausgänge sind bis auf zwei gesperrt, auch bei den S-Bahn-Ausgängen sind nur diejenigen in Richtung Fernsehturm offen. Die Abriegelung des Platzes löste bei Touristen und Passanten Verwunderung aus. Das Areal, das die Polizei für die NPD-Veranstaltung abgesperrt hat, reiche für mindestens 3000 Menschen, schätzt ein Beobachter.[...]

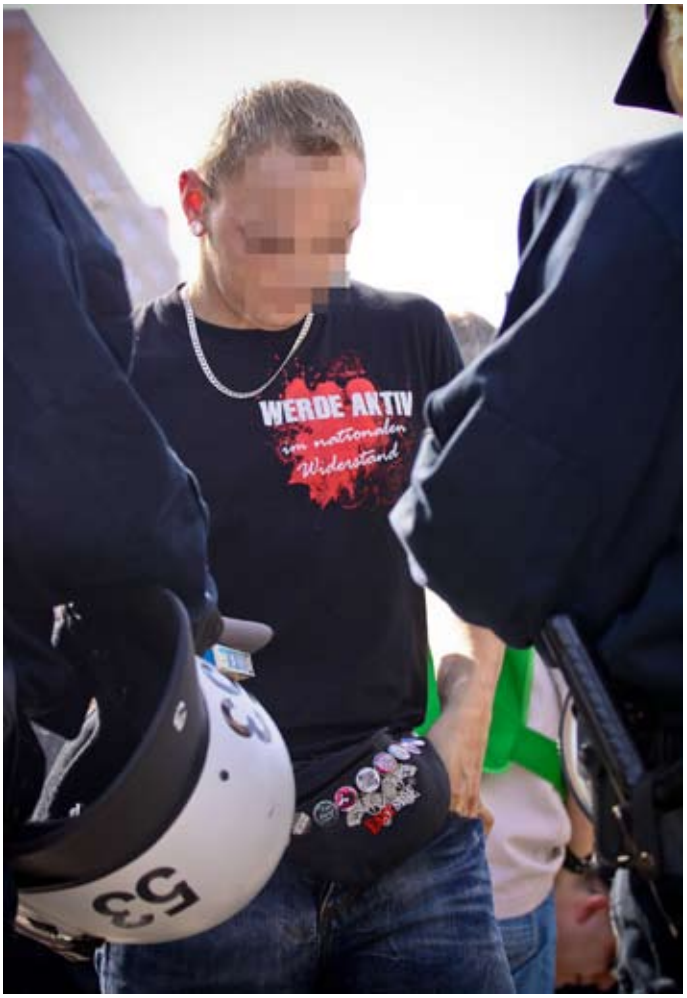
http://www.tagesspiegel.de/berlin/500-menschen-demonstrieren-gegen-npd-kundgebung-am-alex/4597670.html

Geheimsache Nazidemo

Berliner Zeitung, 12.9.2011, Andreas Kopietz

Auch wenn es nicht stimmen mag: Es entsteht jedoch das Bild einer Polizei, die es etwas zu gut meint bei der Kooperation mit den NPD-Veranstaltern. Denn wer friedlich gegen die Nazis protestieren wollte, wurde ganz bewusst in die Irre geführt. Obwohl auf linken Webseiten der wahre Versammlungsort am Samstagabend schon im Internet verbreitet wurde, gab die Polizei bis zuletzt keine offizielle Bestätigung dafür. Bereits beim NPD-Aufmarsch im Mai hatten Polizisten Nazigegner und auch Journalisten zum Hermannplatz geschickt, während die Nazis am Mehringdamm antraten.

http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2011/0912/berlin/0073/index.html



Neonazi bei der polizeilichen Vorkontrolle

100 Nazis, 1000 Polizisten

Berliner Zeitung, 12.9.2011, Andreas Kopietz

Der Berliner NPD-Landesverband hatte im Internet zu einer Kundgebung am Bahnhof Schöneweide mobilisiert. Bei der Polizei angemeldet wurde die Kundgebung jedoch nicht für Schöneweide, sondern für den Alexanderplatz. Am Samstagabend bekamen linke Gruppen den wahren Veranstaltungsort heraus und machten ihn über das Internet publik.

http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2011/0912/berlin/0068/index.html

Geheim gehalten und versperrt

taz, 11.9.2011, Sebastian Puschner

NPD verlegt Kundgebung überraschend auf den Alexanderplatz. Um Gegendemonstranten fernzuhalten, teilt die Polizei die Verlegung nicht mit - und macht den Platz kurzerhand zur Geisterstadt.

Hätte die NPD ein eigenes Flugzeug, es hätte direkt auf dem Alexanderplatz landen können, um ihre Parteifunktionäre abzuliefern. Ein solches soll von Montag an Wahlwerbung der Nazi-Partei über Berlin fliegen. Der Alex sah jedoch schon am Sonntag aus wie eine leer gefegte Landepiste: Weiträumig hatte die Polizei den Platz schon frühmorgens wegen einer Wahlkampfkundgebung der NPD abgesperrt. Der Tramverkehr auf dem Platz war eingestellt, die Linien waren umgeleitet worden. Die U-Bahn-Zugänge wurden gesperrt. So blieben die 120 Nazis, die sich um die Weltzeituhr scharten, weitestgehend unbehelligt vom Protest der rund 500 GegendemonstrantInnen.

»Dieses Verhalten der Berliner Polizei ist ein Rückschritt sondergleichen«, sagte Bianca Klose von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin. Protest gegen die NPD müsse in Hör- und Sichtweite möglich sein. Zudem kritisierte Klose die Informationspolitik der Polizei. Über die Versammlung der NPD war zunächst nur deren Treffpunkt am S-Bahnhof Schöneweide bekannt.

http://taz.de/NPD-auf-Alexanderplatz/!77912/

Berlin grüßt seine Gäste

Neues Deutschland, 12.9.2011, Sarah Liebigt

Die Versammlungsbehörde mag dabei auf die demokratischen Rechte der NPD verweisen, so oft sie mag: Nazis und Rassisten ein derartiges Forum zu geben und ihnen zu ermöglichen, ihre braune Propaganda mitten in Berlin in die Gegend zu posaunen, ist nichts weiter als beschämend. Ginge es nach der Polizei, hätten die Nazis zudem komplett unwidersprochen ihre Veranstaltung abgehalten. Welches Licht wirft das auf Berlin!

http://www.neues-deutschland.de/artikel/206529.berlin-gruesst-seine-gaeste.html

1000 Polizisten trennen Linke und Rechte am Alex

Berliner Morgenpost, 12.9.2011, Hans Nibbrig, Steffen Pletl

Auf dem abgesperrten Alexanderplatz trafen sich am Sonntag rund 130 NPD-Anhänger, darunter auch der Bundesvorsitzende Udo Voigt. Dem gegenüber protestierten etwa 500 Demonstranten. Ein Großaufgebot der Polizei erstickte jede Konfrontation im Keim.

http://www.morgenpost.de/berlin/article1760776/1000-Polizisten-trennen-Linke-und-Rechte-am-Alex.html

Wegen NPD-Demo: Polizei riegelt Alexanderplatz ab

Berliner Kurier, 12.9.2011

Gespenstische Szenen in der City-Ost! Wegen einer NPD-Kundgebung zum Wahlkampfabschluss ist der Alexanderplatz für sechs Stunden abgesperrt worden. 1000 Polizisten schützten die Veranstaltung, die um 16.30 Uhr endete. Festnahmen gab es nicht.

http://www.berliner-kurier.de/berlin/kiez-stadt/polizei-riegelt-alexanderplatz-ab/-/7169128/10827750/-/index.html

Kritik an Polizeipräsidentin nach Nazikundgebung am Alex

Tagesspiegel, 12.9.2011, Johannes Radke

Weil die Polizei im Vorfeld Informationen verweigerte, konnte eine NPD-Kundgebung am Alex fast ungestört stattfinden. Polizeipräsidentin Koppers gerät wegen der Geheimhaltungsstrategie unter Druck.

Nach dem NPD-Konzert am Sonntag auf dem Alexanderplatz gerät Polizeipräsidentin Margarete Koppers weiter unter Druck. Am Montag wurde sie nach Tagesspiegel-Informationen zu einem persönlichen Gespräch mit Innensenator Ehrhart Körting (SPD) zitiert, weil im Vorfeld Journalisten Auskünfte zu der Nazikundgebung verweigert wurden. Koppers hatte offenbar entgegen der Anordnung Körtings eine entsprechende Anweisung gegeben. »Natürlich ist unsere Haltung weiterhin, solche Veranstaltungen einen Tag vorher bekannt zu geben«, sagte eine Sprecherin der Innenverwaltung. Zumindest Start- und Endpunkt rechtsextremer Aufzüge sollen auf Nachfrage von Journalisten rechtzeitig bekannt gemacht werden. Wie berichtet, hatte die NPD schon vor Wochen eine Wahlkampfkundgebung inklusive Auftritt der bekannten Naziband Sleipnir direkt auf dem Alexanderplatz angemeldet. Im Internet mobilisierten die Rechtsextremisten jedoch zum S-Bahnhof Schöneweide in Treptow-Köpenick, um Gegendemonstranten in die Irre zu führen. Auf Nachfrage von Journalisten nach dem tatsächlichen Ort, gab es keine Auskunft. Begründet wurde dies mit sonst zu erwartenden Gegenprotesten. In der schriftlichen Antwort wurde zudem ausgerechnet auf die NPD-Webseite mit dem bewusst falschen Kundgebungsort verwiesen.[..]

Die Opposition kritisierte am Montag den Umgang der Polizei mit der NPD-Veranstaltung scharf. »Diese Geheimhaltungsstrategie ist völlig inakzeptabel«, sagte die Grünen-Abgeordnete Clara Herrmann. »Die Menschen haben ein Recht darauf rechtzeitig zu erfahren wann und wo Neonazis aufmarschieren wollen.« Ihre Fraktion erwarte, dass die Zusage des Innensenators eingehalten werde.»Es kann keine Geheimveranstaltungen für die NPD geben«, sagte der Innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Robbin Juhnke. Er habe bis zu einem gewissen Grad Verständnis für die Polizei, dem gewaltbereiten Teil der Gegendemonstranten mit taktischen Informationen nicht noch in die Hände spielen zu wollen, aber trotzdem müsse zumindest einen Tag vorher jede rechtsextreme Veranstaltung veröffentlicht werden. Björn Jotzo (FDP) plädierte ebenfalls für mehr Transparenz: »Ich erwarte vom Senat eine detaillierte Erklärung zu dem Vorfall«. Grundsätzlich könne er sich im Einzelfall auch vorstellen, dass die Polizei bestimmte Veranstaltungen geheim hält, dies müsse dann aber auch gut begründet werden.Auch die Linke kritisierte die Polizeipräsidentin: »Mit großem Unverständnis stellen wir fest, dass die Berliner Polizei das von Innensenator Körting gegebene Versprechen gebrochen hat«, sagte der Fraktionsvorsitzende Udo Wolf.

»Die Berliner Politik ruft seit Jahren die Bürger zu eigenem Engagement gegen Rechtsextremismus auf«, sagte Bianca Klose, Leiterin der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus. »Die Polizei verhindert mit ihrer Geheimhaltung breiten zivilgesellschaftlichen Protest und konterkariert nicht nur unsere Arbeit, sondern auch die bisherige Linie des Senats.« In einer Demokratie müsse sich die NPD den Protest der Bürger gefallen lassen. »Auch die Polizei muss das aushalten.«

Die Frage, ob es nicht sinnvoll ist, geplante Naziaufmärsche nicht bekannt zu geben, um den Rechten nicht zusätzliche Aufmerksamkeit zu schenken, beantwortet Politikprofessor Hajo Funke von der Freien Universität Berlin mit einem klaren »Nein«. »Die NPD ist längst über den Zustand hinaus, dass man sie über Schweigen wegdefinieren könnte.« In Mecklenburg-Vorpommern seien die Rechtsextremisten jahrelang von der Politik und Zivilgesellschaft kaum beachtet worden und hätten so ungehindert in den Landtag einziehen können. »Gegen die NPD nicht öffentlich vorzugehen, macht sie nur stärker«, betont Funke. Die Geheimhaltung von öffentlichen NPD-Kundgebungen hält er für falsch. »Das polizeitaktische hält nicht gegen das demokratietheoretische Argument.«

Das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V.

Das apabiz e. V. informiert seit 1991 über die extreme Rechte. Unsere Informationen stehen allen Personen und Initiativen zur Verfügung. Umgekehrt sind wir an Euren Einschätzungen und Erfahrungen interessiert. Gerne vereinbaren wir einen Austausch oder nehmen Euch in unseren Verteiler auf.

Archiv: Für Recherchen halten wir unser Archiv bereit, das eines der größten dieser Art in der BRD ist. Wir verfügen über rechte Publikationen, Videos, CDs und verschiedene andere Primärquellen. Diese werden ergänzt durch eine Datenbank, in der Presseveröffentlichungen seit Anfang der 1990er Jahre erfasst sind, eine umfangreiche Präsenzbibliothek und verschiedene Sondersammlungen.

Bildung: Unser ReferentInnen-Katalog (erhältlich unter http://www.apabiz.de) umfasst mehr als 60 Vorträge und Seminare aus diversen Bereichen, für die ReferentInnen bei uns angefordert werden können.

Publikationen: Die Ergebnisse unserer Arbeit verwerten wir neben der Bildungsarbeit in unserem alle zwei Monate erscheinenden Rundbrief *monitor*, sowie in Broschüren, Pressemitteilungen, Handreichungen und sonstigen Publikationen. Diese und weitere Materialien findet ihr unter http://www.apabiz.de.

Lausitzerstr. 10 | 10999 Berlin
Fon | Fax: 0 30 . 6 11 62 49
mail@apabiz.de
http://www.apabiz.de

Geöffnet hat das apabiz jeden Donnerstag von 15 bis 19 Uhr und nach Absprache.

diese publikation wurde durch mittel aus dem berliner landesprogramm gegen rechtsextremismus, fremdenfeindlichkeit und antisemitismus gefördert.

Berlin
Der Beauftragte des Senats für Integration und Migration

Mein Markenzeichen: RESPEKT®

Die auf den Seiten dieser Dokumentation verwendeten Fotografien wurden von Frank Metzger, Toni Peters und Matthias Zickrow aufgenommen. Alle Rechte verbleiben bei den Fotografen.